

Durch Strabs-Wegfall fehlen Hof Millionen

13 Straßensanierungen für 7,3 Millionen Euro stünden in den nächsten Jahren an. Sofern die umstrittene Satzung wegfällt, wäre wohl über die Hälfte der Kosten nicht gedeckt.

Von Christoph Plass

Hof – In Zweifelsfällen hat der Kämmerer immer eine Null in die Tabelle eingetragen. So stehen in der einen Spalte Kosten meist im sechs- und siebenstelligen Bereich, und dort, wo „Zuweisungen/Zuschüsse/Beiträge“ gelistet werden, immer jene blanke 0. Der mittelfristige Finanzplan für den Verwaltungshaushalt sagt viel aus über die nötigen Investitionen,

die dringenden Sanierungen, die lange angefragten Ausbauten von Straßen und Gehwegen im Stadtgebiet. Denn die 13 Hofer Straßenzüge, die auf der Dringlichkeitsliste für die nächsten vier Jahre ganz oben stehen, werden wohl eher zögernd angegangen werden, solange die Finanzierung nicht geklärt ist. Die Null des Kämmerers in jener Tabelle steht daher in Wirklichkeit für ein Schriftzeichen, das sein Rechenprogramm leider nicht annehmen würde: ein großes Fragezeichen.

Unterkotzauer Weg, Ringstraße oder Zeppelinstraße, Äußere Bayreuther Straße, Föhrenweg oder Fröbelstraße: Die Liste mit Streckenabschnitten, die ausgebaut werden müssten, ist lang. Insgesamt hätte das städtische Bauamt etwa 7,3 Millionen Euro für besagte 13 Abschnitte eingeplant – umzusetzen und ab-

zurechnen bis einschließlich 2021. Doch hat die CSU im Freistaat bekanntlich den Wegfall der Straßenausbaubeitragssatzung (kurz: Strabs) beschlossen: jenes Regelwerks, in dem Anlieger anteilig zur Kasse gebeten werden, wenn Straße oder Gehweg vor ihrem Haus verbessert wer-

„Wir wissen einfach nicht, was hier passieren wird.“
Kämmerer Peter Fischer

den. Die Ankündigung, die bei Hausbesitzern und Wohnungseigentümern im ganzen Freistaat die Sektorkorken knallen lässt, zwingt die kommunalen Kämmerer in die Warteposition. Sie hoffen auf adäquate Ausgleichszahlungen des Freistaats, sollte jener tatsächlich die Einnahmequelle Anwohner versiegen lassen.

Dabei ist die Strabs nicht mal in den Verwaltungen beliebt.

Die Protokollierung, Erfassung und Abrechnung der Beiträge für Anwohner sei mit einem immensen Aufwand für die Verantwortlichen in den Bauämtern verbunden, verriet jüngst im *Frankenpost*-Gespräch einer, der viele Straßen baut im Stadtgebiet. Denn die Beträge, um die es oft gehe, seien durchaus hoch – und der daraus abgeleitete Anspruch, für die Zahler alles rechtssicher, transparent und nachvollziehbar aufzuarbeiten, münde meist in jeder Menge Mehrarbeit für die Projekt-Begleiter. Von der Begegnung mit manch nachvollziehbarem Unmut der zur Kasse Gebetenen einmal ganz abgesehen. Doch ist die Situation nach der Ankündigung des Wegfalls derzeit nicht einfacher geworden für alle Beteiligten.

„Gehwegausbau Quetschenweg: 350 000 Euro, abzüglich 182 000 Ersatz Straßenausbaubeiträge“: So liest sich ein typischer Vermerk, wie er derzeit im Haushalt verankert ist. Da niemand weiß, wie die Staatsregierung den Städten und Gemeinden die wegfallende Quelle ersetzen will, ist man in den Rathäusern vorsichtig mit Schätzungen. Und dass in den vergangenen Monaten weiterhin Rechnungen für lange abgelaufene Straßenausbauten bei Hofer Anliegern eingeflattert sind (die *Frankenpost* berichtete), hat sicher nicht zur emotionalen Entspannung der Lage beigetragen.

Den mittelfristigen Finanzplan hat der Haupt- und Finanzausschuss des Stadtrats, wie berichtet, abgesehnet. Das Warten auf den „Strabs“-Ersatz wird damit wohl auch im Haushalt verankert.